

Vier Fragen zur Europawahl 2009

Vier Antworten von Dr. Andrä Gärber, Leiter des Europabüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel



Zwischen dem 4. und 7. Juni 2009 findet die siebte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Während das Europäische Parlament umfassende neue Befugnisse erlangt hat, ist die Wahlbeteiligung beständig zurückgegangen. Damit stellt sich die Frage, ob es den EU-Politikern gelingt, diese Entwicklung für die kommenden Wahlen im Juni 2009 umzukehren. Was ist Ihre Prognose? Und wie könnte man einer niedrigen Wahlbeteiligung und der damit eng verbundenen Problematik des „EU-Demokratiedefizits“ entgegenwirken?

Die Beteiligung an den Europawahlen seit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahre 1979 ist in der Tat deutlich zurückgegangen: von knapp 62 Prozent im Jahre 1979 auf 45,47 Prozent bei den letzten Wahlen im Juni 2004.

Hinter diesen Durchschnittszahlen für alle Mitgliedstaaten verbergen sich wesentliche Entwicklungen und Ereignisse. Die Europäische Union ist in dem Zeitraum von 1979 bis 2004 von neun auf 25 Mitgliedsstaaten gewachsen. In den fünfzehn alten Mitgliedsländern ist ein allgemeiner Trend einer rückläufigen Wahlbeteiligung – mit der Ausnahme von Dänemark, Luxemburg und Großbritannien – festzustellen. Im Jahr 2004 konnten sich dann neben den fünfzehn alten Mitgliedsländern erstmalig zehn neue Staaten an den Europawahlen beteiligen. Dabei war besonders in den acht neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern die extrem niedrige Wahlbeteiligung auffällig, die von ca. 17 Prozent in der Slowakei über ca. 21 Prozent in Polen bis zu ca. 48 Prozent in Litauen

reichte. Damit wurde der allgemeine Trend der sinkenden Wahlbeteiligung noch verstärkt.

Ich glaube nicht, dass es kurzfristig – also schon bei den anstehenden Wahlen – möglich sein wird, die Wahlbeteiligung europaweit deutlich zu erhöhen. Daran wird auch die Tatsache nichts ändern, dass mehrere Mitgliedsländer wie in der Vergangenheit wieder zu wahltechnischen Hilfsmitteln greifen werden, um die Wahlbeteiligung „künstlich“ zu erhöhen: durch Wahlpflicht (wie in Belgien, Luxemburg und Griechenland) oder durch das gleichzeitige Abhalten von anderen Wahlen – Kommunalwahlen (Deutschland, Malta, England, Irland), Regionalwahlen (Belgien), Referenden (Dänemark), nationale Wahlen (Litauen, Luxemburg). Ich befürchte vielmehr, dass die „demokratische Schmerzgrenze“ einer Wahlbeteiligung von mindestens 50 Prozent – wie in den Jahren 1999 und 2004 – wieder unterschritten wird. Und dies aus mehreren Gründen:

Seit den letzten Europawahlen ist es nicht gelungen, die Europäische Union politisch weiterzuentwickeln. Die Referenden zum europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 sind gescheitert. Das Referendum zum Lissabon-Vertrag, als weiterer europäischer Kompromiss nach dem europäischen Verfassungsvertrag, in Irland im Jahr 2008 ebenso. Darüber hinaus hat sich nach den jüngsten Urteilen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in den Fällen Laval, Viking, Ruffert und Luxemburg in der öffentlichen Wahrnehmung in den alten Mitgliedstaaten der Eindruck verfestigt, dass das europäische Projekt Marktfreiheiten (u.a. Dienstleistungsfreiheit) einseitig vor soziale Grundrechte (u.a. Tarifautonomie und Streikrecht) stellt. Dadurch hat sich das allgemeine Unwohlsein über ein Europa, das ohnehin zu weit weg, zu abstrakt und zu unverständlich für die Wählerschaft ist, noch erhöht.

Die Hauptursachen für die geringe Wahlbeteiligung haben sich folglich auch nicht geändert. Die Europawahlen bleiben in dem bekannten Teufelskreis gefangen. Die Parteien investieren im Vergleich zu nationalen Wahlen wenig Geld, Zeit und Personal in den Wahlkampf, weil sie davon ausgehen, dass die Wählerschaft mit europapolitischen Themen – wie die europäische Betriebsräterichtlinie oder Entsenderichtlinie – nur schwer zu erreichen ist. Die Parteien wissen auch, dass das Europäische Parlament trotz einer beachtlichen Kompetenzausweitung in den letzten Jahren immer noch wesentliche parlamentarische Grundrechte nicht besitzt: das direkte Initiativrecht zur Gesetzgebung, die gleichberechtigte und vollständige Haushaltskontrolle sowie Mitentscheidungsrechte in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Nicht zuletzt wissen die Parteien, dass die Wahlen zwar die Zusammensetzung des Parlaments verändern, aber keine europäische Regierung hervorbringen. Immer noch sind es die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, die den Kommissionspräsidenten mit qualifizierter Mehrheit benennen. Das Europäische Parlament muss diesem Kandidaten mit einfacher Mehrheit zustimmen. Ein eigenes Vorschlagsrecht hat es aber nicht.

Die Medien berichten angesichts des halbherzigen Wahlkampfs der Parteien – quantitativ und qualitativ – entsprechend weniger. Die eher sparsame Berichterstattung verstärkt wiederum bei den Wählern den Eindruck, dass es sich um zweitrangige Wahlen handelt. Und wieder beginnt der Teufelskreis. Am Beispiel Deutschland bedeutet das in nackten Zahlen: Für den Europawahlkampf 2004 gaben die großen Parteien (SPD und CDU/CSU) jeweils weniger als zehn Millionen Euro aus, die kleinen Parteien (FDP, Grüne und PDS) jeweils ca. eine Millionen Euro, für den Bundestagswahlkampf 2005 investierten die großen Parteien aber zwischen 25 und 23 Millionen Euro und die kleinen Parteien zwischen 3,5 Millionen und 4,1 Millionen Euro. Die Beteiligung bei den Europawahlen

2004 lag bei ca. 43 Prozent, bei den Bundestagswahlen 2005 bei ca. 78 Prozent. Rund fünfmal so viele Zeitungsartikel haben sich mit der Bundestagswahl beschäftigt wie mit der Europawahl.

Mittel- und langfristig kann man aus diesem Teufelskreis nur ausbrechen, wenn man die Ursachen für die geringe Wahlbeteiligung bekämpft. Grundlegend hierfür ist es, dass es zu einer weitergehenden Parlamentarisierung und mithin Demokratisierung der EU sowie zu einer Förderung des europäischen Parteienwettbewerbs bzw. einer Ausweitung der Parteienkonkurrenz auf europäischer Ebene kommt. Um dem Demokratiedefizit weiter entgegenzuwirken, ist es daher wichtig, dass der Vertrag von Lissabon so schnell wie möglich in Kraft tritt. Der Vertrag von Lissabon, der der EU eine einheitliche Struktur und Rechtspersönlichkeit geben wird, hat nicht nur die Bewahrung und Verbesserung der politischen Handlungsfähigkeit der Union zum Ziel, sondern auch den Ausbau demokratischer Strukturen: Bestätigung der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments als Regelverfahren in der Gesetzgebung, das Europäische Parlament wird zur gleichberechtigten Haushaltsbehörde, Mitwirkung nationaler Parlamente, Einführung des Bürgerbehrens und Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechte-Charta sowie die Berücksichtigung des Ergebnisses der Wahlen zum Europäischen Parlament bei der Ernennung des neuen Kommissionspräsidenten und der neuen Kommission durch den Europäischen Rat, was ausschlaggebend für die stärkere Politisierung und Parteienkonkurrenz im Europäischen Parlament sein wird.

Darüber hinaus muss die kontinuierliche europapolitische Bildung in Schulen und für Erwachsene ausgebaut werden, um das Wissen über und das Verständnis für Europa nachhaltig zu fördern. Die im Jahr 2008 gegründeten europäischen politischen Stiftungen, das ebenfalls im Jahr 2008 gegründete europäische Netzwerk politischer Stiftungen (ENoP) sind neue Instrumente, um das Europa der Bürger, ein demokratisches Europa und ein effizientes Europa und mithin die Beteiligung an den Europawahlen zu fördern. Für das Netzwerk nationaler sozialdemokratischer Stiftungen (ENSoF), koordiniert von der FES, und die europäische sozialdemokratische Stiftung für progressive Studien (FEPS) gilt es vor allem, für ein soziales Europa einzutreten. Der Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit muss aber auch durch den Ausbau transnationaler Medien, die Menschen aus den EU-Ländern zusammenbringen (wie euranet.eu), und die verstärkte Förderung von Austauschprogrammen ergänzt werden.

Nicht zuletzt braucht Europa ein neues identitätsstiftendes Projekt. Die großen Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses: Frieden, Sicherheit und Freiheit werden nach mehr als sechzig Jahren ohne Krieg in der Europäischen Union vor allem von der europäischen Jugend als Selbstverständlichkeit hingenommen. Auch deshalb bleiben die Jungwähler den Wahlurnen am häufigsten fern. Die Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als Anker europäischer Identität reicht auch nicht mehr aus, um die Begeisterung für Europa zu schüren. Europa braucht eine Seele: eine politische und soziale Union in kultureller Vielfalt und intakter Umwelt.

Wie jeder Wahl gehen auch der Wahl zum Europäischen Parlament 2009 Strategien der Parteien voraus, mit denen im Wahlkampf möglichst viele Stimmen bzw. Mandate gewonnen werden sollen. Welche Schwerpunktthemen werden

im europäischen Wahlkampf angesprochen? Stehen eher innenpolitische oder eher europäische Themen zur Diskussion? Und gibt es hier Unterschiede bei den Parteien?

Die im Europäischen Parlament vertretenen europäischen Parteien, die auch deutsche Mitgliedsparteien haben, arbeiteten gemeinsame Wahlprogramme aus. Diese wurden von den Liberalen (Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR)) am 31. Oktober 2008, von den Europäischen Linken (EL) am 29. November 2008, von den Sozialdemokraten (Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)) am 1. Dezember 2008, von den Konservativen (Europäische Volkspartei (EVP)) am 30. Januar 2009 und von den Grünen (Europäische Grüne Partei (EGP)) am 29. März 2009 beschlossen bzw. vorgestellt.

Darüber hinaus haben die deutschen Mitgliedsparteien der europäischen Parteien eigene Europamanifeste beschlossen: die SPD am 8. Dezember 2008, die FDP am 17. Januar 2009, Bündnis 90/ Die Grünen am 25. Januar 2009 (vorläufig), die Linke am 28. Februar 2009 und die CDU am 16. März 2009. Die CSU, Mitglied der EVP, will ihr Europamanifest am 9. Mai 2009 beschließen.

Die Wahlprogramme der europäischen Parteien dienen in der Regel als Plattform und Orientierungsrahmen für die Europamanifeste der deutschen Parteien. Abweichungen sind aber möglich. So plädiert beispielsweise die SPD in ihrem Europamanifest eindeutig für den Ausstieg aus der Atomenergie. Die SPE überlässt es in ihrem Wahlprogramm jedem Mitgliedstaat, ob er Nuklearenergie nutzt. Grundsätzlich dienen die Europamanifeste der deutschen Parteien als Grundlage für den Wahlkampf in Deutschland. Nur die Grünen wollen einen europaweit weitgehend einheitlichen Wahlkampf auf der Basis des Wahlprogramms der EGP führen.

Bei allen deutschen Parteien stehen europäische Themen in den Europamanifesten im Vordergrund. Neben vielen Gemeinsamkeiten sind auch parteipolitische Unterschiede deutlich zu erkennen. Ich möchte einige ausgewählte Beispiele aus den Politikfeldern europäische Sicherheitspolitik, europäische Bürgernähe, europäische Wirtschaftsregulierung, europäische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, europäische Energiepolitik und europäische Erweiterungspolitik nennen.

Alle deutschen Parteien, die im Europaparlament vertreten sind, sind dezidiert pro-europäisch und unterstützen die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon – mit Ausnahme der Linkspartei. Im Gegensatz zu allen anderen deutschen Parteien will die Linkspartei auch keinerlei Verteidigungsfunktion der EU und fordert die Auflösung der NATO.

Im Gegensatz zur CDU und SPD treten CSU, Grüne, Liberale und Linke explizit für europäische Volksabstimmungen ein.

CDU/CSU und FDP sind für einen stabilen Euro, einen starken Stabilitäts- und Wachstumspakt und für die Beibehaltung des Verschuldungsverbots auf europäischer Ebene. Sie sprechen sich explizit gegen die Einführung einer EU-Steuer und kategorisch gegen eine europäische Wirtschaftsregulierung aus. Die FDP tritt darüber hinaus für einen unverfälschten Wettbewerb und weitere Liberalisierung, insbesondere des Dienstleistungssektors, ein und will, dass die EU im sozialpolitischen Bereich nur bei grenzüberschreitenden Fragen selbst tätig wird.

Die SPD ist für eine bessere Koordination der Wirtschafts-, Lohn-, Finanz- und Geldpolitik auf europäischer Ebene, spricht sich aber derzeit gegen eine europäische Wirtschaftsregierung aus und fordert nur langfristig den Aufbau einer eigenen EU-Einnahmequelle. Grüne und Linke hingegen fordern eine europäische Wirtschaftsregierung, die es vor allem in Krisenzeiten nicht nur ermöglicht, nationale Konjunkturprogramme zu koordinieren, sondern auch über eigene Instrumente (u.a. EU-Steuern, Euro-Bonds) zu steuern.

Im Gegensatz zur CDU/CSU und FDP treten SPD, Grüne und Linke ein für eine europäische Sozialunion, eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht, für eine Erweiterung und Verbesserung der EU-Entsenderichtlinie, für den Ausbau der Rechte der europäischen Betriebsräte, für einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland, für einen sozialen Stabilitätspakt und für einen europäischen Zukunftspakt für Arbeit. Die Grünen fordern darüber hinaus eine europäische Sozialkarte und Arbeitslosenversicherung. Die Linke will noch weitergehender die Überführung des gesamten Finanzsektors in öffentliches Eigentum und eine europäische Lohnpolitik, die nicht nur Produktivitätszuwachs und Inflationsausgleich berücksichtigt, sondern auch eine Umverteilungskomponente.

CDU/CSU und FDP sind für die weitere Nutzung der Atomenergie, die SPD will den Ausstieg. Grüne und Linke wollen nicht nur den Ausstieg, sondern auch die Abschaffung von EURATOM.

CDU/CSU sind gegen den EU-Beitritt der Türkei, die FDP macht es von den Reformen in der Türkei und der Aufnahmefähigkeit der EU abhängig. SPD, Grüne und Linke sind explizit für den EU-Beitritt der Türkei.

Da die überragende Mehrheit der von den Parteien aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten der breiten deutschen Bevölkerung so gut wie unbekannt sind und selbst die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien: Hans-Gert Pöttering (CDU), Markus Ferber (CSU), Martin Schulz (SPD), Silvana Koch-Mehrin (FDP), Lothar Bisky (die Linke) und Rebecca Harms (Bündnis90/Grüne) sich nur einem begrenzten Bekanntheitsgrad erfreuen, ist es nachvollziehbar, dass mit Themen und nicht mit europäischen Köpfen geworben wird. Von der Vielzahl europapolitischer Themen werden aber nur die Themen im Europawahlkampf, die einen Bezug zur Bundespolitik aufweisen und Interesse bei der Wählerschaft generieren, aufgegriffen. Dieser Trend verstärkt sich dieses Jahr, weil es erstmalig in der Geschichte Deutschlands zu einem Krisenwahlkampf kommt, die Bundestagswahlen gut drei Monate nach der Europawahl stattfinden werden und der SPD-Vorstand bereits am 18. April 2009 den Beschluss seines Wahlprogramms für die Bundestagswahlen bekannt gegeben hat. Die Auseinandersetzung wird sich auf wenige Themen konzentrieren, die polarisieren: Mindestlohn, die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, Steuerentlastung unterer Einkommensschichten, Reichensteuer. Und die Debatte wird von den bundespolitischen Politikerinnen und Politikern dominiert werden.

Mit welchen Projekten zieht die europäische Sozialdemokratie in den Wahlkampf?

Die europäische Sozialdemokratie will die Dominanz der Konservativen und Liberalen in der EU brechen, politischen Raum für ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger gewinnen sowie politische Kontrolle der Finanzmärkte. Die absehbare geringe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen ist die größte Sorge der europäischen Sozialdemokratie und könnte ihren Einfluss im Europäischen Parlament weiter schwächen.

Deshalb polarisiert die europäische Sozialdemokratie die Wahlkampfdebatten entlang des traditionellen Links-Rechts-Schemas. Entsprechend ist das SPE-Manifest „Der Mensch im Mittelpunkt. Eine neue Richtung für Europa“ formuliert und betont die folgenden Projekte: (1) eine europäische Strategie für intelligentes und umweltfreundliches Wachstum, mit der bis 2020 neue Jobs geschaffen werden sollen, (2) neue Regeln für die Finanzmärkte, die alle Akteure umfassen – Hedgefonds und Private-Equity-Fonds eingeschlossen, (3) umfassende EU-Klimaschutzrichtlinien für die Industrie, die auch bislang ausgelassene Bereiche wie das Transport- und Baugewerbe umfassen, (4) einen Europäischen Pakt für Löhne, der die Notwendigkeit gerechter Mindestlöhne in allen EU-Ländern anerkennt, sowie (5) eine Verstärkung des Kampfes gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung.

Im Rahmen einer Manifest-Tour, die eine Reihe von nationalen, regionalen und lokalen Veranstaltungen mit Kandidatinnen und Kandidaten sowie lokalen und regionalen Parteiverbänden von Januar bis Juni 2009 beinhaltet, soll das Manifest europaweit in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Wie die anderen europäischen Parteien setzen auch die SPE und ihre Kandidatinnen und Kandidaten zunehmend auf das kostengünstige Internet und soziale Foren (u.a. Facebook, Twitter, Flickr, YouTube), um die Wählerschaft besser erreichen zu können. SPE-Aktivistengruppen diskutieren darüber hinaus in virtuellen Treffen direkt mit Poul Nyrup Rasmussen (SPE-Vorsitzender), Zita Gurmai (Vorsitzende-SPE-Frauen) und Philip Cordero (SPE-Generalsekretär) über das SPE-Manifest und die Wahlkampagne.

Europäische Aktionstage mit Bezug auf die Schlüsselthemen des SPE-Manifests wurden bzw. werden an den folgenden Terminen durchgeführt: 07./08.03.09: Gleichberechtigung in Europa, 09.05.09: Ein Neues Soziales Europa – mehr Gerechtigkeit für die Menschen, 16.05.09: Wir machen Europa zum Vorreiter im globalen Kampf gegen den Klimawandel, 23.05.09: Die Wirtschaft neu beleben. Zukünftige Finanzkrisen verhindern, 30.05.09: Der Mensch im Mittelpunkt. Eine neue Richtung für Europa.

Zwei weitere Schlüsselthemen des SPE-Manifests: Eine wirksame europäische Migrationspolitik und eine stärkere Rolle Europas als Partner für Frieden, Sicherheit und Entwicklung werden aus zeitlichen und politischen Gründen nicht mit eigenen europäischen Aktionstagen bedacht.

Der Kampagnenaustausch zwischen SPE-Aktivisten und nationalen Wahlkämpfern wird jeweils an den Europäischen Aktionstagen der SPE stattfinden und den Aktivisten ermöglichen, an diesen Tagen gemeinsam Wahlkampf zu machen.

Nach dem ursprünglich vorgesehenen Zeitplan sollte der Vertrag von Lissabon, mit dem das politische System der Europäischen Union reformiert wird, zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Die Europawahlen 2009 wären somit die ersten

Wahlen nach dem neuen Vertrag gewesen. Aufgrund der Ablehnung des Vertrags von Lissabon in einem Referendum in Irland am 12. Juni 2008 scheiterte jedoch die rechtzeitige Ratifizierung, so dass die Wahl noch nach dem im Vertrag von Nizza vorgesehenen Modus stattfinden wird. Werden die Ergebnisse der Europawahl 2009 Auswirkungen auf den weiteren Ratifizierungsprozess haben? Wie steht es um die Zukunft des Vertrags?

Ich glaube nicht, dass die Ergebnisse der Europawahl einen Einfluss auf den weiteren Ratifizierungsprozess haben. Das alte Europäische Parlament hat ihm bereits mit großer Mehrheit am 20. Februar 2008 zugestimmt. Das neue Europäische Parlament wird sich in seiner Zusammensetzung nicht wesentlich verändern. Nach europaweiten Meinungsumfragen ist davon auszugehen, dass die großen Fraktionen der Parteien (EVP, SPE, ELDR und EGP), die den Lissabon-Vertrag unterstützen, nicht wesentlich an Stimmen verlieren und mehr als 600 der 736 zu vergebenden Sitze auf sich vereinigen werden. Die restlichen Sitze werden sich auf rechtsnationale Parteien, Anti-Lissabon-Vertrag-Parteien (wie Libertas oder die europäische Linke), anti-europäische Parteien und Unabhängige verteilen.

Entscheidend für die Zukunft des Vertrags von Lissabon ist nach wie vor die Ratifizierung in den Mitgliedsstaaten. In 23 der 27 Mitgliedstaaten ist dies bereits erfolgt. Nur in Deutschland, Polen, Tschechien und Irland muss der Vertrag noch ratifiziert werden. In Deutschland wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Mai 2009 nach der am 10. und 11. Februar 2009 stattgefundenen mündlichen Verhandlung erwartet. Erst nach einem positiven Votum des BVerfG kann der deutsche Bundespräsident den Vertrag unterzeichnen. In Polen haben sowohl das Parlament (*Sejm*) als auch der Senat den Vertrag von Lissabon mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. In Tschechien hat bislang nur das Abgeordnetenhaus den Vertrag von Lissabon angenommen, der europakritische Senat wird erst im Mai 2009 darüber entscheiden. Sowohl der polnische als auch der tschechische Präsident haben deutlich gemacht, dass sie ihre Unterschriften unter den Vertrag von Lissabon nur dann setzen werden, wenn das zweite Referendum in Irland erfolgreich ist.

Die irische Regierung prüft derzeit, das zweite Referendum zum Lissabonner Vertrag nicht wie ursprünglich geplant, im Herbst 2009 durchzuführen, sondern bereits im Juni 2009 zusammen mit den Europawahlen. Die Vorziehung des Referendums macht aus Sicht der irischen Regierung Sinn. Auf dem europäischen Gipfel im Dezember 2008 hat Irland Garantien erhalten, was seine militärische Neutralität, sein Abtreibungsverbot und Steuerrechtssystem betrifft, und damit den Vertragsgegnern in Irland ihre Hauptargumente entzogen. Darüber hinaus hat Irland durchgesetzt, dass es und damit alle anderen Mitgliedsländer der EU weiterhin einen eigenen Kommissar stellen werden. Mit diesem Zugeständnis wurde die im Vertrag von Lissabon vorgesehene Reduzierung der Anzahl der Kommissare auf 2/3 der Anzahl der Mitgliedstaaten ab dem Jahr 2014 inkassiert und der Reform der EU-Bürokratie natürlich ein Bärendienst erwiesen. Nicht zuletzt erfährt Irland in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, wie hilfreich es ist, unter dem Schuttschirm des Euro zu sein und von zusätzlichen Währungsturbulenzen verschont zu bleiben. Dieses pro-europäische Momentum soll nun genutzt werden.

Ich bin zuversichtlich, dass das zweite Referendum in Irland erfolgreich sein wird. Angesichts der aktuellen tschechischen Regierungskrise und der erst im Oktober 2009 zu erwartenden Neuwahlen in Tschechien ist aber zu befürchten, dass sich der Ratifizie-

rungsprozess über mehrere Monate hinauszögert. Im schlimmsten Fall kann der Vertrag von Lissabon immer noch scheitern.

Zwar wäre auch ohne Lissabon eine Weiterführung der Integration der EU möglich: durch die forcierte Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten innerhalb bestehender Verträge (u.a. flexible Integration, Nutzung der sogenannten Brückenklausel bzw. „*passerelle*“), aber auch durch eine risikobewusste, die Wahrung des einheitlichen Besitzstandes (*acquis communautaire*) wahrende, zwischenstaatliche Zusammenarbeit mehrerer Mitgliedstaaten außerhalb der bestehenden Verträge in Bereichen, in denen sich die beteiligten Mitgliedstaaten einen Fortschritt erhoffen (wie in der Vergangenheit z.B. das Schengen-Abkommen). Auch können Vertragsänderungen im Sinne des Vertrags von Lissabon in einer Art „Huckepack-Verfahren“ mit einer EU-Erweiterung (hier: Kroatien) verknüpft werden, die ebenfalls von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Andere diskutierte Optionen sind entweder gefährlich (Ausschluss Irlands) oder schlicht redundant (neue Vertragsverhandlungen).

Das europäische Projekt hätte aber ein weiteres Mal dramatisch an Legitimität verloren.

Kontakt

[Andrä Gärber](#)

Friedrich-Ebert-Stiftung Europabüro

Rue du Taciturne 38

1000 Brüssel

Tel: +32 2 234 62 80

Fax: +32 2234 62 81